

„Abwehr gegen den Westen“

Der französische Islamwissenschaftler Gilles Kepel über die Folgen des 11. September, die Aussichten auf Demokratisierung in der islamischen Welt und den Umgang mit den Muslimen in Europa

SPIEGEL: Herr Professor Kepel, mit dem Krieg gegen den Terrorismus wollten die USA die Demokratie in die islamische Welt bringen. Stattdessen nehmen die Feindseligkeiten dramatisch zu. Was ist schiefgelaufen?

Kepel: Da haben wir uns unheilvoll verstrickt. Fünf Jahre nach den Attentaten vom 11. September 2001 haben uns die islamistischen Gesinnungstäter des Dschihad und die westlichen Ideologen des Kampfes gegen den Terrorismus zu Gefangenen ihres Diskurses gemacht. Sich davon zu befreien ist nicht einfach. Denn es geht nicht nur um politische Kategorien, sondern um emotionale Erpressung: Jede Seite ist überzeugt, dass sie ihre Richtmarken für Wahrheit, Recht und Moral als universelle Werte durchsetzen muss.

SPIEGEL: Handelt es sich also weniger um den von Samuel Huntington vorhergesagten Zusammenstoß der Kulturen als um den Machtkampf zweier Fundamentalismen?

Kepel: Auf jeden Fall sind es zwei Seiten einer Medaille. Sie bedingen einander, reflektieren und verstärken sich.

SPIEGEL: Woher rührt der Hass in der islamischen Welt?

Kepel: Die Umma, die Gemeinschaft der Gläubigen, wähnt sich von einem modernen Kreuzzug bedroht und sieht sich deshalb als Antipode des Westens.

SPIEGEL: Und das bedeutet, dass der Dschihad weltweit ausgefochten wird?

Kepel: Nicht unbedingt. Wir haben schließlich auch ein halbes Jahrhundert mit dem Kalten Krieg gelebt, mit Krisen und Herausforderungen, aber ohne direkten Schlagabtausch.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, dass der Kalte Krieg durch einen neuen, ganz andersartigen Ost-West-Konflikt abgelöst wurde?

Kepel: Vielleicht sollte man eher sagen, durch einen Okzident-Orient-Konflikt, in

den sich auch Elemente des Nord-Süd-Gegensatzes mischen. Die Attentate vom 11. September 2001 haben unsere politischen Deutungsmuster, unsere Lesart der Welt, radikal verändert. Der Dschihad einerseits, der Krieg gegen den Terror andererseits diktieren den Politikern und den Fernsehzuschauern die Sicht der Dinge.

SPIEGEL: Aber anders als im Kalten Krieg stehen sich diesmal keine Bündnissysteme, keine organisierten Staatenblöcke gegenüber?

Kepel: Das mag man als beruhigend empfinden, weil es die Gefahr einer planetaren Konfrontation entscheidend vermindert. Der Dschihad als Endlösung, als Apokalypse, kann gar nicht stattfinden, auch wenn manche Endzeitverkünder in der islamischen Welt davon träumen. Aber dieser chaotische Antagonismus, diese politische und militärische Asymmetrie, macht die Lage auch extrem instabil. Es gibt kein Gleichgewicht des Schreckens mehr, der Schrecken kann überall ausbrechen, in New York, Madrid oder London genauso wie in Haifa oder Tel Aviv.

SPIEGEL: Ist es denn überhaupt zulässig, Dschihad und Terrorismus gleichzusetzen?

Kepel: Jeder benennt die Dinge nach seiner Betrachtung. Der Dschihad ist in der islamischen Welt ein positiver Begriff, der Terrorismus im Westen ein negativer. Diese Auseinandersetzung ist nicht nur eine politisch-militärische, sondern auch eine virtuell-propagandistische. Ohne Fernsehen und Internet bliebe der Dschihad ein zwar beängstigender, aber doch randständiger Exzess. Schließlich haben auch schon die europäischen Anarchisten am Ende des 19. Jahrhunderts versucht, durch Mordanschläge auf Zaren, Könige und Präsidenten das Revolutionsfanal zu zünden. Vergebens. Sie hatten eben kein Internet.

SPIEGEL: Was entflammt denn die Phantasie der muslimischen Massen in der virtuellen Welt des imaginierten wie der des alltäglichen realen Dschihad?

Kepel: Die Identifizierung mit dem Selbstmordattentäter, dem Märtyrer. Das ist ein für den Islam völlig neues Phänomen. Es wurde als Ideal und Symbol Ende der siebziger Jahre mit der Revolution im schiitischen Iran geschaffen. Die Schiiten verehren Hussein, den im Jahr 680 in Kerbela bei einem Aufstand gefallenen Sohn des Kalifen Ali und Enkel Mohammeds als dritten Imam und Märtyrer. Er war die Symbolfigur für die Trauer, die Niederlage, die Resignation der Schiiten. Der iranische Revolutionsführer Chomeini und seine Mitstreiter haben diese Opfergestalt zum offensiven Märtyrer umgewandelt.

SPIEGEL: Um das Schah-Regimes zu beseitigen?

Kepel: Ja, und für die Mobilmachung im irakisch-iranischen Krieg.

SPIEGEL: Heute bedienen sich viele Muslime, unabhängig ob Schiiten oder Sunniten, des Märtyrerkults.

Kepel: So ist es. Das Bindeglied war der gemeinsame Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan. Damals trat der Dschihad erstmals die Nachfolge des Kalten Kriegs an. Am Hindukusch entstand eine neue Identität für die islamische Welt, geschaffen von religiösen Ideologen, die ein homogenes oder, wenn man so will, bipolares Universum organisieren wollten – einen islamischen Block als Gegensatz zum ungläubigen Westen.

SPIEGEL: Die USA haben damals die islamistischen Mudschahidin unterstützt und den Rückzug der Roten Armee als Anfang vom Ende des kommunistischen Imperialismus gefeiert.

Kepel: Das war ja auch so. Aber die USA erkannten zunächst die Falle nicht, in die sie tappten. Für die militanten Islamisten war die Vertreibung der Sowjets der heißungsvolle Auftakt für die Befreiung der gesamten islamischen Welt von den Ungläubigen.



Muslimische

Kepel, 51, lehrt an der Hochschule für Politische Wissenschaften („Sciences Po“) in Paris und gilt als einer der weltweit renommiertesten Islamwissenschaftler. Zu seinen Veröffentlichungen zählen „Das Schwarzbuch des Dschihad“, „Die neuen Kreuzzüge“ und „Al-Qaida. Texte des Terrors“



BARET MICHEL

SPIEGEL: Jetzt wollen die USA die islamische Welt nach westlichem Vorbild verändern. Ist die Schaffung von Demokratien in diesen Ländern überhaupt realistisch?

Kepel: Die Amerikaner setzen auf die Demokratisierung des Nahen Ostens als Ausfahrt zum Frieden. Die Invasion des Irak schien ihnen dafür die Voraussetzung. Viele Muslime haben ihnen geglaubt, aber das Ergebnis entspricht nicht den Erwartungen. Damit haben diejenigen Kräfte,

hat sich der Westen schon bestens mit autoritären Regimeführern moderner oder laizistischer Prägung arrangiert, selbst wenn dort die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden.

SPIEGEL: Besteht die Gefahr, dass die gemäßigten Islamisten – das politische Zentrum, wenn man so will – im Kampf gegen die Extremisten zerrieben werden?

Kepel: Wenn die Dschihadisten der muslimischen Welt predigen, ihr müsst uns

doch unterstützen angesichts der Dinge, die in Palästina oder im Irak geschehen, setzen sie die Maßstäbe für Wahrheit, Recht und Moral. Sie fassen das diffuse Gefühl der Muslime in Worte, wonach die „Umma“ von den feindlichen Kräften der „Kreuzzügler“ bedroht ist. So errichten sie eine ideologische Abwehr gegen den Westen.

SPIEGEL: Aber deshalb folgen die Moderaten den Extremisten doch nicht in den Dschihad.

Kepel: Nicht unbedingt, aber seit dem 11. September 2001 hat die Logik des Dschihad, des Widerstands gegen die Ungläubigen, eine Sicht-

weise durchgesetzt, die alle zwingt, sich an immer gröberen, immer weniger differenzierten Maßstäben zu orientieren. Die Fundamentalisten haben es gewissermaßen geschafft, auch durch die geschickte Ausnutzung des Internet, die semantische Oberhoheit zu gewinnen. Die traditionellen Imame und Koranglehrten müssen fortwährend Position in Bezug auf die Radikalen beziehen – mal nähern sie sich deren Normen an, mal entfernen sie sich von ihnen. Dabei ist die Gefahr natürlich groß, dass man sich gegenseitig hochschauelt.

SPIEGEL: Heißt das, die Gemäßigten versuchen, in einem Spiel zu bleiben, dessen Regeln die Extremisten festlegen?

Kepel: Leider ist das oft genug so. Die muslimische Welt bleibt in zwei Lager gespalten. Die moderaten Kräfte stellen sich dem Westen als Vermittler dar, über die Kompromisse erreicht und Gewalt vermieden werden kann. Gleichzeitig dienen sie sich den Fundamentalisten an. Etwa indem sie beteuern, dass nur sie, die Kräfte der Mitte, in der Lage sind, die Islamisierung der Gesellschaft voranzubringen und das islamische Recht umzusetzen.

SPIEGEL: Disqualifiziert sie das als politische und diplomatische Partner des Westens?

Kepel: Zumindest ist die Strategie der Annäherung durch Dialog eine höchst zweischneidige Angelegenheit.

SPIEGEL: Gilt das auch für den Dialog mit den Muslimen in unserer Mitte? Die „Islamisten“ sind ja nicht nur „die da draußen“, sie leben auch unter uns.

Kepel: Darin besteht das vertrackte Problem der Integration. Meiner Meinung nach müssen die Muslime in Europa dieselben Rechte genießen wie die Angehörigen der anderen Religionen. Denn wenn sich die muslimischen Bewohner nicht Ächtung, Angriffen oder Gefahren ausgesetzt sehen, sorgt die Religion eher für ihre soziale Integration.

SPIEGEL: Wirklich? Wir sehen eher soziale Abkapselung.

Kepel: Auf keinen Fall dürfen muslimische Mitbürger nach Glauben, Herkunft, Abstammung oder Kultur eingeordnet werden. Ich definiere meine staatspolitische oder soziale Identität ja auch nicht durch den christlichen Glauben.

SPIEGEL: Das multikulturelle Gesellschaftsmodell, in dem sich ethnische und religiöse Gemeinschaften getrennt von einander entwickeln, ist in Verruf geraten. Zu Recht?

Kepel: Nach dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh in den Niederlanden und den Anschlägen in London im vergangenen Jahr sind Zweifel am multikulturellen Modell durchaus angebracht. In Wahrheit handelt es sich um ein System der Apartheid – anfangs einer positiven und wohlmeinenden, heute einer negativen, misstrauischen, ja feindseligen. Der Multikulturalismus in „Londonistan“ hat unter britischen Muslimen nur das Gefühl verstärkt, nicht wirklich Bürger des Vereinigten Königreichs zu sein.

SPIEGEL: Aber das französische Modell der republikanischen Gleichheit aller, in dem der Staat weder nach Religion noch nach Ethnien unterscheidet, funktioniert auch nicht gut.

Kepel: Sie denken an die Aufstände in den französischen Vorstädten im vergangenen November. Ich glaube, dass diese Unruhen paradoxerweise eher der Ruf nach stärkerer Integration waren als eine Ablehnung der französischen Gesellschaft.

SPIEGEL: Könnte Europa zur Geburtsstätte eines modernen, aufgeklärten europäischen Islam werden, ein Vorbild für die islamische Welt jenseits unserer Grenzen?

Kepel: Man darf weiterhin darauf hoffen. Ich glaube, dass die Stunde des Post-Islamismus nur in Europa schlagen kann, indem hier islamische und westliche Werte zeigen, dass sie kompatibel sind. Noch allerdings ist davon wenig zu merken. Wir müssen „unseren“ Muslimen die Chance bieten, ohne Beschränkung in die Moderne einzutreten. Jugendliche muslimischer Herkunft, die heute bei uns gesellschaftlich erfolgreich sind, in der Kultur, der Wirtschaft oder der Politik, sind dagegen gefeit, ihre Identität nach islamischen Kriterien zu definieren.

INTERVIEW: ROMAIN LEICK, STEFAN SIMONS



Französinen: „Die Religion sorgt eher für soziale Integration“

die sich mit den Amerikanern einließen, viel von ihrer Glaubwürdigkeit verloren. Wir befinden uns gegenwärtig in einem Teufelskreis ohne Ausweg.

SPIEGEL: Gilt das westliche Demokratiekonzept in der islamischen Welt nur noch als ein Vorwand für Einmischung und Fremdbestimmung?

Kepel: Demokratisierung ist heute im Arabischen ein Begriff, der vielleicht nicht nur negativ gesehen wird, der aber doch direkt mit der Besetzung des Irak und mit der amerikanischen Politik assoziiert wird. Für die radikalen islamistischen Bewegungen bedeutet Demokratie gar nichts, ebenso wenig können sie mit der Frage der Menschenrechte etwas anfangen. In ihrer Betrachtungsweise der Welt gibt es keine selbstbestimmten Individuen mit unverletzlichen Rechten und unantastbarer Würde, sondern nur das göttliche Gesetz, vor dem sich die Menschheit in Gläubige und Ungläubige teilt.

SPIEGEL: Die Gewinner von halbwegs freien demokratischen Wahlen wären radikal-islamische Kräfte. Muss der Westen solche Ergebnisse anerkennen?

Kepel: Die Kolonialzeiten sind vorbei; die Staaten verfügen in Selbstbestimmung über ihr Schicksal, und die Europäer oder die Amerikaner müssen die Politik mit jenen machen, die gewählt sind – ob es nun ihre Favoriten sind oder nicht. Schließlich